

KOMMENTAR

Von Regenwäldern, Stammesvölkern und Menschenrechten

Nach der öffentlichen Diskussion über den „sauren Regen“ und das „Sterben“ der heimischen Wälder in der BRD vor einigen Jahren erhalten nun auch die seit Jahren ausgesprochenen Warnungen, über die Folgen der massiven Zerstörung der tropischen Regenwälder in den Ländern der 3. Welt in der Öffentlichkeit Gehör. Spätestens seit der Weltbankkonferenz in Berlin mit der (Gegen-) Tagung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) ist dieses Thema nicht mehr nur von Interesse für einen kleinen Kreis an Experten, Ökologen und 3.-Welt-AktivistInnen. Über die Gefahren einer empfindlichen Störung des weltweiten ökologischen Gleichgewichtes aufgrund der Abholzung der Regenwälder wird inzwischen sogar in Kommunalverwaltungen, Gemeinde- und Stadträten diskutiert und auch in Lokalzeitungen berichtet. Die Forderung nach einem Einfuhrstopp und der Nicht-Verwendung von Tropenhölzern in öffentlichen Gebäuden, bei der Bundesbahn usw. von Ortsgruppen der Grünen und Umweltgruppen, wie Robin Wood, BUND und anderen, hat die Zerstörung der Regenwälder geradezu zu einem innenpolitischen Thema gemacht. Es wird nun auch darüber berichtet, wie und welche Menschen in diesen Wäldern leben, die sich gegen die Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt und Existenzgrundlage wehren. Themen und Probleme, die sonst nur der Arbeit von 3. Welt Gruppen vorbehalten blieben, werden nun auch von vielen Umweltgruppen und -aktivistInnen aufgegriffen und angesprochen.

Es ist in der Tat eine erfreuliche Entwicklung, daß die Zerstörung der Umwelt und die damit entstehenden ökologischen Probleme nicht nur abstrakt als weltweite erkannt werden, sondern auch auf breiter Basis Versuche unternommen werden, sie mit entsprechenden Forderungen zu verhindern.

Leider führt jedoch häufig die Behandlung von Themen, die eine große Öffentlichkeit erreichen, zu einer Vereinfachung der Problemstellung. Nicht daß die Feststellung der Gefährdung des ökologischen Gleichgewichtes durch die Vernichtung der tropischen Regenwälder etwa eine Vereinfachung wäre. Zu kurz kommt aber oft eine etwas differenziertere und tiefergehende Beschäftigung mit den hiervon betroffenen Ländern und Völkern. Das gilt insbesondere für Südostasien. Selbstverständlich lassen sich die geheimnisvolle Farbenpracht des Dschungels und die Exotik „naturverbundener“ Stammesvölker in den öffentlichen Medien gut verkaufen, wo doch in unserer eigenen Industriegesellschaft so wenig davon übriggeblieben ist. Hinzu kommt häufig die eurozentrische, überhebliche Sichtweise von traditionellen Ethnologen und Naturschützern, für die die betroffenen Pflanzen und Stammesvölker bedrohte Objekte ihrer Studien sind. Die Einbettung der Situation in den Gesamtzusammenhang der Probleme der Gesamtbevölkerung eines Landes der 3. Welt wird oft vernachlässigt.

So können wir es in Sarawak, Malaysia, beobachten. Vor einigen Jahren begann ein

schweizer Ethnologe mit Studien über ein kleines Volk im Dschungel von Sarawak, den Penans. Sie waren vom Holzeinschlag betroffen, da das für sie lebenswichtige Wild vertrieben wurde. Der Ethnologe schloß sich der Lebensweise der Penans an, und in großen, farbenprächtigen Berichten, u.a. in „Geo“, wurde dies für uns so fremde Volk vorgestellt. Sie und auch andere Stammesvölker setzten sich schließlich mit Blockaden der von Abholzungsfirmen gebauten Zugangsstraßen zur Wehr. Anlässlich des gegen sie eingeleiteten Gerichtsverfahrens, das Ende Oktober 1988 eröffnet werden sollte, organisierten Umweltschutzgruppen weltweit Aktionen und Demonstrationen vor malaysischen Botschaften. So weit, so gut.

Aber zur gleichen Zeit hatten in Malaysia NROs und politische Opposition zum Jahrestag der Massenverhaftungen nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit – ISA – (vgl. Berichterstattung in SOAI 4/87 bis 4/88) vom Okt. 1987 zu Protesten und internationaler Solidarität aufgerufen. Nur wenigen Regenwald- und Stammesvolkschützern war dies anscheinend bekannt. Angesprochen darauf, entschuldigen sie sich z.T. damit, daß sie sich schließlich nicht für die Menschenrechte allgemein in diesen Ländern einsetzen würden, sondern für den Erhalt des Regenwaldes und den Schutz der Stammesvölker.

Diese etwas beschränkte Sichtweise zeigt deutlich, daß bei einer Reihe von Umweltschützern kein politisches Verständnis von dem Zusammenhang zwischen demokratischen Grundrechten in einem Staat und dem Widerstand gegen Umweltzerstörung vorhanden ist. Die Einhaltung der demokratischen Grundrechte im Sinne der Menschenrechtserklärung der UN ermöglicht einer Bevölkerung, sich umfassend über Umweltzerstörung zu informieren bzw. informiert zu werden, Widerstand dagegen zu artikulieren und zu organisieren sowie für Solidarität in der eigenen Bevölkerung und weltweit zu werben. Woher sollen die Penans Unterstützung im eigenen Land bekommen, wenn durch einen repressiven Gesetzesapparat, mit den Möglichkeiten von unbegrenzter Inhaftierung oder dem Verbot jeder beliebigen Zeitung/Zeitschrift durch die Regierung ohne jegliches Gerichtsverfahren, nicht nur ihr eigener Widerstand gebrochen, sondern auch jede mögliche oppositionelle Regung oder Solidarität im Keim erstickt werden kann?

Bei aller Bedrohung der Wälder, Pflanzen und Stammesvölker darf nicht vergessen werden, welche Rechte denn eine Bevölkerung überhaupt hat, ihre (natürliche) Umwelt zu gestalten und Widerstand gegen ihre Zerstörer zu leisten. Schließlich ist maßgeblich für die Verhinderung von Umweltzerstörungen der Widerstand und die Solidarität der Bevölkerung in den betroffenen Ländern selbst. Internationale Solidarität und Aktionen können diese ergänzen, aber niemals ersetzen. Ein globales Umweltbewußtsein und entsprechendes Verhalten muß weltweit in allen Ländern geschaffen werden, etwa

durch gegenseitige Information, Unterstützung und solidarische Auseinandersetzung. Verletzung von Menschenrechten und die Einschränkung von demokratischen Grundrechten der Bevölkerung in einem Land, das von Umweltzerstörung bedroht wird, müssen gerade auch international von Umweltschutzorganisationen angeprangert werden, auch wenn es sich dabei nicht unmittelbar um Umweltfragen handeln sollte. Es ist die Aufgabe von (länderbezogenen) 3. Weltgruppen, verstärkt Hintergrundinformationen über die von der Regenwaldzerstörung betroffenen Länder in die Umweltgruppen und -organisationen hineinzutragen und mögliche Borniertheit dort aufzubrechen.

Peter Franke

Unterstützung für die Bewohner des Senen-Dreiecks

Zur Unterstützung der Bewohner des Senen-Dreiecks in Jakarta, die sich gegen die Zerstörung ihres Stadtviertels wehren (vgl. Nachrichtenteil Indonesien), ruft die „Initiative für die Menschenrechte aller Bürger der ASEAN-Staaten“ (IMBAS, Frankfurt) auf. Die verantwortliche Baugesellschaft will mit der Durchführung ihrer Pläne Anfang April beginnen. Mit dem Abbruch der Häuser muß deshalb jederzeit gerechnet werden.

Die lokale Bürgerinitiative hat alternative Pläne für eine behutsame Stadtteilanierung entwickelt, verbunden mit einem Sozialprogramm für die Obdachlosen und Straßenhändler des Viertels. Damit soll jedem Bewohner Senens eine Bleibe in der Altstadt gesichert werden – wenn es gelingt, die Zerstörung im Namen der Modernisierung der Altstadt zu stoppen.

Obwohl die Chancen dafür gering sind, appelliert IMBAS, durch Protestschreiben der Bürgerinitiative moralische Unterstützung zu gewähren. Diese Schreiben sollen u.a. gerichtet werden an:

Gouverneur Wiyogyo Atmodarminto
Merdeka Selatan 8-9
Jakarta
Indonesien

Barber B. Conable
President, The World Bank
1818 H Street, N.W.
Washington D.C. 29433
USA

Ferner fordert „INDAH – Indonesien Aufbauhilfe e.V.“ (auch Frankfurt) dazu auf, mit Spenden den Bewohnern zu helfen.
Spendenkonto: 520 10-600,
Postgiroamt Frankfurt